

Gaza zwischen Skepsis und Aufbruch

Von heute an kontrollieren Palästinenser und Europäer den Grenzübergang nach Ägypten / Der Wiederaufbau kommt nur langsam voran

GAZA, 24. November. Die israelischen Siedler sind nur noch eine bittere Erinnerung. Von ihren bis vor drei Monaten streng bewachten Siedlungen blieben nur noch die Trümmer ihrer Häuser übrig. Kinder spielen mit dem Müll, die Ärmsten suchen immer noch nach Feuerholz oder Eisenschrott. In der ehemaligen Siedlung Kfar Darom erinnern angesengte Palmenstämme an das Feuer der Abzugstage im September. Aber der Name der Siedlung, die älter war als Israel, ist ausgelöscht. Der Kontrollpunkt Abu Holi mitten im Gazastreifen ist nur noch Vergangenheit: Ihn durften Siedler stets passieren; Palästinenser mußten manchmal halbe Tage in ihrem Wagen in der Hitze warten, bis sie weiterfahren durften. Geblieben ist die Sandwüste, die die israelische Armee planierte, um freies Schußfeld zu haben – eine halb zerstörte Brücke, Betonpoller und ein paar Sandalen in einer Pfütze.

Nach fünf Jahren der „zweiten Intifada“ und dem israelischen Abzug wirkt der Preis der vergangenen Jahre völlig sinnlos: etwa 4000 palästinensische Tote, mehrere

Aus Gaza

berichtet Jörg Bremer

Dutzend israelische Terroropfer, zahllose für immer körperlich und psychisch Verletzte; dazu ein zerstörtes Land. Von der Netzarim-Kreuzung, an der der Junge Mohammad al Dura zusammengekauert in den Armen seines Vaters zu Beginn der Unruhen Ende 2000 unter unklaren Umständen umkam, ist eine Sandwüste geblieben. In ihrer Mitte stieß die Siedlerstraße von Israel im Osten auf die Nord-Süd-Achse, die Saladin-Straße, die einst Eukalyptusbäume zu einer schattenreichen Allee gemacht hatten. Die Bäume sind gefällt, die Gärten daneben mit ihren Apfelsinenbäumen und Dattelpalmen niedergewalzt. Kein Haus steht mehr. Die japanische Regierung verspricht nun das Geld für den Wiederaufbau der Straße.

Immerhin ist der Weg nun frei vom Grenzübergang nach Israel in Erez im Norden bis zur ägyptischen Grenze bei Rafah. Die Palästinenser im Gazastreifen kontrollieren wieder ihr gesamtes Land. Das sagt auch Ali am Wellblechzaun der „Philadelpi-Route“ in Rafah. Aber so sehr er lächeln will, der etwa 15 Jahre alte Junge hat schon graue Haare in seinem schwarzen Schopf. Sein Lachen versinkt in bitteren Erinnerungen. Alle Häuser an der Grenze, etwa zwei Straßenzüge, wurden zerstört. Pockennarbig ragen bewohnte Ruinen in der dritten oder vierten Reihe aus dem Müll. Von den Häusern wurde auf israelische Soldaten geschossen. Sie antworteten mit Panzergranaten auf die Schüsse aus den Kalaschnikows. Insgesamt wurden in den vergangenen fünf Jahren im Gazastreifen 26 000 Menschen beobachtet. Allein in Rafah seien es etwa 15 000, berichten die Vereinten Nationen.

Die Überreste der Besatzung scheinen der Wirklichkeit in diesen Tagen zu widersprechen. Vom für Rafah jahrelang unerreichbaren Strand am Mittelmeer bis zur israelischen Grenze im Landesinneren bewachen heute neben den Ägyptern nur noch Einheiten der palästinensischen Küstenwache die Grenze. Ihre beiden Baracken am Strand erhalten ihren Strom von den Sicherheitskräften auf der ägyptischen Sinai-Seite, die freundlich herüberwinken. „Wir lassen hier keinen durch“, sagt der wachhabende palästinensische Offizier, der auf seine Marineausbildung in Libyen stolz ist: „Die Grenze ist an diesem Korridor überall dicht.“ Bis ins Meer hinein versperren Metall und Beton die Durchfahrt. Friedlich branden die Wellen dagegen.

In Rafah soll die Grenze an diesem Freitag nach der von der amerikanischen Außenministerin Rice durchgesetzten „Vereinbarung zur Bewegungsfreiheit“ zwischen Israel und Palästinensern feierlich geöffnet werden; am Samstag darf dann jedermann den Übergang passieren. Auch dort sind keine Israelis mehr. Aber 43 vor kurzem montierte Kameras übertragen Aufnahmen der Grenzabfertigung in ein Liaison-Büro am israelischen Grenzübergang Kerem Schalom, wo sie Israelis, Palästinenser und EU-Beamte auswerten sollen. Von dort ist schon heute ein Ballon mit Spionagetechnik aufgestiegen und hält



Am Mittwoch durften erste Palästinenser in einem Probelauf von Ägypten aus die Grenze bei Rafah passieren.

Fotos AP

Rafah im Blick. Direktor Mahmud Musa verspricht ein „internationales Grenzregime“ und bedankt sich bei den Europäern dafür, daß sie mit etwa fünfzig Beamten unter Leitung von Polizeigeneral Pistolesi aus Italien den Ablauf überwachen werden.

Gepäck und Personen werden – wie an der Allenby-Brücke an der Grenze zu Jordanien – getrennt voneinander abgefertigt. Mehrere Scanner versperren den Weg. „Wir wissen, daß Rafah ein Modell ist. Wenn das hier funktioniert, können wir auch nach Israel hin funktionierende internationale Grenzen haben“, fügt Musa hinzu. Er rechne zunächst mit einigen tausend Reisenden, „dem viele Palästinenser konnten bisher noch nie in ihrem Leben Gaza verlassen“. Die Israelis erlaubten nur Personen die Ausreise, die älter als 35 Jahre waren. Zunächst soll die Grenze zwölf Stunden, später 24 Stunden geöffnet sein. Ein palästinensischer Ausweis ist Voraussetzung, um Rafah passieren zu können. Das Grenzgebäude ist aus israelischer Zeit; aber die technischen Anlagen stammen entweder aus dem derzeit nicht geöffneten „Internationalen Jassir-Arafat-Flughafen“ oder wurden vor kurzer Zeit aus Europa importiert.

Trotz aller Veränderungen ist die Stimmung gedrückt. Mehr als 70 Prozent der Bevölkerung seien arbeitslos, sagt Hamas-Führer Mahmud Zahar in Gaza. Nur noch ein paar hundert Palästinenser könnten in Israel arbeiten. Jetzt müsse Gaza sich selbst ernähren. Die Bevölkerung habe kein Vertrauen in die Regierung und die führende Fatah-Partei, die sich bereichere, klagt Zahar. „Präsident Abbas kann die Flügel und Banden nicht vereinen und das politische System nicht verbessern“, sagt der Mann von der islamistischen Opposition.

Die Kritik fällt nicht weniger harsch aus während einer Konferenz von Wirtschaftsleuten, die die Adenauer-Stiftung aus Ramallah und der „Palestinian Council on Foreign Relations“ in Gaza organisieren. Ahmed Besseiso, Chef der Vereinigung palästinensischer Geschäftsleute, sagt, das Geld der Geber werde die Krise nicht beheben können. Die Autonomiebehörde müsse die Monopole beseitigen und gegen Korruption vorgehen. Mit etwa 180 000 Beamten seien bei der Autonomiebehörde zu viele Menschen beschäftigt. Und die Israelis? „Wie geht es an, daß mich der Transport eines Containers von China in

den israelischen Hafen Aschdod 2000 Dollar kostet, seine kurze Weiterreise nach Gaza aber 3000 Dollar? Warum brauchen Waren von Aschdod nach Antwerpen ein paar Tage, aber von Gaza bis Aschdod Wochen?“

Der zweite Mann im Unternehmen Paltrade, Mohammad Abu Ramadan, vermisst die Sicherheit für die nötigen Investitionen. Khader Abdel Schafi, der bei den Vereinten Nationen arbeitet, bekräftigt: „Wenn auch nur ein Ausländer in diesem Waffenchaos umkäme, würden alle Wirtschaftsleute das Land sofort verlassen. Hat je einer die Entführungen von Journalisten aufgeklärt? Dabei kennt jeder die schuldigen Clans und die Namen der Täter. Die wollen Geld vom privaten Sektor; aber die Polizei faßt sie nicht.“ Die Deutsche Martina Jung vom Energieversorger Steag hält dagegen: „Wirklich große Investoren schaffen viele Arbeitsplätze und werden mit offenen Armen empfangen. Solche Unternehmen bringen auch ihre eigene Struktur für die Sicherheit mehr. Da gibt es eher Handküsse als Entführun-

gen.“ Es werde viel zuviel geklagt, beobachtet Martina Jung. Es fehle in Gaza einfach das Scharnier zwischen den Geldgebern und den Unternehmen. Unternehmensberater seien hier nötig.

In Gaza steht das einzige Elektrizitätswerk in den autonomen Gebieten. Doch es ist nur zur Hälfte ausgelastet. Damit seien der Betrieb teuer und die Abnutzung groß. Warum versorgt Israel noch immer große Teile des Gazastreifens mit Strom? Spanische Investoren wollen nun neue Leitungen bauen. Warum wird noch immer nicht das Erdgas aus dem Meeresgrund vor der Gaza-Küste gefördert und mit modernen technischen Mitteln genutzt?

Wirtschaftsminister Mazen Sunnuqrut ist erst seit sechs Monaten im Amt. Doch er legt schon einen Plan vor, nach dem die internationalen Mittel in den privaten Sektor fließen und für die Infrastruktur genutzt werden sollen. Das internationale „Nahost-Quartett“ unter seinem Repräsentanten, dem früheren Weltbankchef Wolfensohn, will für die nächsten drei Jahre je drei Milliarden Dollar für die Auto-

nomiegebiete aufbringen; davon sollen in Gaza 1,4 Milliarden für den Wiederaufbau verwendet werden, etwa für die dringend nötigen neuen Häuser in Rafah. Doch der Bürgermeister von Deir al Balah ist unzufrieden: Er habe schon Briefe an sieben Minister geschrieben und noch immer kein Geld für die Kanalisation in seiner Gemeinde. Ein Professor aus Gaza ergänzt: „Die Regierung reagiert sprunghaft, mal schnell, mal gar nicht.“

Wolfensohns Sprecherin erläutert, Geldbeträge kämen nicht von selbst. Man könne auch nicht von einer Regierung verlangen, daß sie alle Probleme löst. „Auch die Bürger müssen was tun; eine offene Debatte über die Zukunft ist nötig.“ Wenn man Tourismus haben wolle, dürfe man die ökologischen Probleme und den Wassermangel in der Region nicht vergessen. Eines sei jedoch sicher: Die Abhängigkeit von Israel löse sich langsam auf. 1987 arbeiteten fünfzig Prozent der Menschen aus Gaza in Israel, bis zur „zweiten Intifada“ waren es elf, heute ist es vielleicht etwa ein Prozent.



Bassem Khoury von einem Pharmaunternehmen in Beituna bei Ramallah ist das erste Mal seit sechs Jahren in seinem Büro in Gaza. Es gab keine Genehmigungen zur Reise durch Israel. Für seine zehn Arbeitnehmer in Gaza wird das jedoch bedeuten, daß er einige von ihnen entlassen wird. „Ohne eine straffe Führung schleichen sich Mängel ein.“ Wenn Privatunternehmer in Zukunft der Nation aus ihrer Krise helfen sollen, dann müsse Israel sicherstellen, daß Gaza und das Westjordanland verbunden sind. Man müsse ohne Genehmigungen, Kontrollen oder Demütigungen reisen können. Die jüngste Vereinbarung über Busse, einen Konvoi oder Sonderstraßen müsse schnell verwirklicht werden.

Zwei Geschäftsleute erreichen am Abend den Erez-Übergang im Norden des Gazastreifens. Fast eine Stunde müssen sie im Gitterkorridor vor dem Posten der israelischen Armee warten, bis sie eine zwar laut kreischende, aber dennoch unverständliche Stimme aus einem Lautsprecher durch Käfiggänge, Schleusen und an Scannern vorbeilöst. Vor der „Vereinbarung über Zugänge und Bewegungsfreiheit“ hatte Wolfensohn Israel aufgefordert, seine Sicherheitsbedürfnisse nicht auf Kosten der palästinensischen Hoffnungen gehen zu lassen. Eine gesunde Wirtschaft in den palästinensischen Gebieten werde Israel mehr Sicherheit bringen, sagt Wolfensohn. Bitter aber fügt ein Geschäftsmann hinzu: „Zunächst sieht uns Israel als Feind, dann als Konkurrent, aber bisher nicht als Mensch und Partner.“

Ein natürliches Hafenbecken hat der Gazastreifen nicht. Die Anlagen aus der Vergangenheit sind längst in den Fluten versunken – einst war Gaza in klassisch ägyptischer Zeit reich und später ein wichtiger Hafen am Ende der Gewürzstraße. Nun soll nach der Rice-Vereinbarung im Süden von Gaza-Stadt in der Nähe der früheren Siedlung Netzarim ein Hafen gebaut werden. Aber auf der Konferenz der Adenauer-Stiftung halten viele eine solche Investition für viel zu teuer. Es sei lohnender, entweder das israelische Aschdod oder über Ägypten zu exportieren. Die fragile Wirtschaft würde noch mehr belastet. Gaza könnte sich kaum mehr nach Süden ausdehnen.

Unterdessen wachsen die Gurken und reifen die ersten Erdbeeren in den Gewächshäusern, die Wolfensohns Mitarbeiter den Siedlern im Sommer abkauften. Die Bewässerung funktioniert; es riecht, wie schon in den Jahren zuvor, nach zuviel Kunstdünger. Unter den niedrigen Plastikhauben über den Stauden und unter den großen Plastikhäusern wachsen in diesem Herbst dieselben Produkte wie bei der letzten israelischen Ernte. Die Siedler errichteten zur gleichen Zeit ihre neuen Anlagen südlich von Aschdod. So werden deutlich mehr Gemüse und Früchte auf den Markt kommen. Werden es die Waren der Israelis da leichter haben als die der Palästinenser aus Gaza? In der Rice-Vereinbarung sichert Israel offene Grenzen für die landwirtschaftlichen Güter zu. Es gebe auch Zwischenhändler, die die Waren über den Flughafen in Tel Aviv rechtzeitig nach Europa brächten. Das hat auch schon vor der „zweiten Intifada“ funktioniert. Drei Monate nach dem israelischen Abzug schwanken die Menschen im Gazastreifen zwischen Skepsis und Aufbruchstimmung, bedrückten Gefühlen und Hoffnung.



Palästinensische Polizisten auf Patrouille in der früheren israelischen Siedlung Netzarim, südlich von Gaza-Stadt.



Fielmann: Topmodische Brille für € 10*. Gläser von Zeiss. Drei Jahre Garantie.

*Nur bei Fielmann: • die Nulltarif-Versicherung der HanseMerkur  • € 10 Prämie pro Jahr • topmodische Brille sofort • alle zwei Jahre eine neue • Einstärkengläser von Zeiss • drei Jahre Garantie • jederzeit Ersatz bei Bruch, Beschädigung oder Sehstärkenveränderung • für Brillen mit Gleitsichtgläsern € 50 Prämie pro Jahr

Fielmann
www.fielmann.com

Brille: Fielmann. Internationale Brillenmode in Riesenauswahl zum garantiert günstigen Fielmann-Preis. Mehr als 500x in Europa. Fielmann gibt es auch in Ihrer Nähe.